

# Wie weiter in Europa?

## Teil 1: Von der Entspannungspolitik zur Zeitenwende

Zur Erinnerung an den Kniefall Willi Brandts vor dem Mahnmal für die Opfer des Warschauer Ghetto-Aufstandes gab die Bundesbank im Jahr 2020 eine 2-€-Gedenkmünze heraus. Diese Geste des deutschen Bundeskanzlers 50 Jahre zuvor gilt als Symbol für die Versöhnung Deutschlands mit Polen und den Übergang von der Kalten-Kriegs-Konfrontation zu einer Politik des Dialogs, der Rüstungskontrolle und Entspannung in ganz Europa, insbesondere auch mit der Sowjetunion bzw. deren Nachfolgestaat der Russischen Föderation.



Die Würdigung von Willi Brandts Ostpolitik im Jahre 2020 mag überraschen. Denn während er sich damit im Jahre 1970, wenn auch nur knapp, durchsetzen konnte, ist ein vergleichbarer Ansatz im heutigen Deutschland nicht mehr mehrheitsfähig. Heute hat zwar - trotz verbliebener Spannungen - die Versöhnung mit Polen stattgefunden - aber in Bezug auf Russland scheint die Reise in Richtung eines neuen Kalten Krieges zu gehen; und in diesem Szenario erscheint der Kniefall nicht mehr als Symbol für eine neue europäische Gesamtordnung, sondern als Mittel zur Erweiterung eines gegen Russland gerichteten Bündnisses.

### Entspannungspolitik

Dem gegenüber ist eine Minderheit der Deutschen, wie z.B. der ehemalige hochrangige General Harald Kujat (er war u.a. Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des NATO-Militärausschusses), [darüber enttäuscht](#), dass heute

„alles über Bord geworfen wird, was wir aus unserer Geschichte gelernt haben und was wir in den letzten Jahrzehnten aus dieser Erfahrung heraus gerade in unserer Außen- und Sicherheitspolitik angewendet haben, was letztlich auch zur Wiedervereinigung unseres Landes geführt hat“ und dazu, „dass wir über Jahrzehnte in Sicherheit und in Wohlergehen leben konnten.“

Die „Wende“ von 1989 der politischen Öffnung der Sowjetunion und des Mauerfalls war in dieser Erzählung das Ergebnis der Entspannungspolitik der vorangegangenen Jahrzehnte.

Die Vision von Deutschland als Friedensmacht in Europa war lange Zeit nicht nur ein Projekt eines Teils der politischen Klasse, sondern auch in der Zivilgesellschaft verankert und massentauglich. Gegen den Nato-Doppelbeschluss, der gleichzeitig die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa und Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sowjetunion vorsah, formierte sich „im gefährlichsten Jahrzehnt der Menschheit“ eine starke Friedensbewegung (mit der Politikerin Petra Kelly eine der Wurzeln der Partei der Grünen), deren Höhepunkt im Jahre 1981 die Demonstration im Bonner Hofgarten „*Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen*“ mit mehr als 300 000 Teilnehmern war.

Nach dem Mauerfall und der Auflösung der Sowjetunion schien Gorbatschows Traum von einem „gemeinsamen Haus“, in dem Ost- und West-Europa - unter Einschluss Russlands - wirtschaftlich,

kulturell und sogar militärisch zusammenarbeiteten (nach der Auflösung des Warschauer Pakts war zeitweilig vom Nato-Beitritt Russlands die Rede und man arbeitete ab 2002 im Nato-Russland-Rat zusammen) zum Greifen nahe. Der Scorpion-Song „*Winds of Change*“ wurde zum Millionen-Erfolg und Putin bekam im Jahr 2001 im deutschen Bundestag *standing ovations*.

Auch die USA verfolgten seit der Präsidentschaft Nixons in unterschiedlichen Ausprägungen eine Entspannungspolitik, bei der der kürzlich im Alter von 100 Jahren verstorbene Henry Kissinger eine bedeutende Rolle spielte. Diese führte mit der amerikanischen Anerkennung, der *One-China-Doktrin* (und damit der Akzeptanz von Taiwan als Teilgebiet der Volksrepublik) zur Öffnung Chinas und dessen Einbindung in den globalen kapitalistischen Weltmarkt.

In Europa wurde 1975 die Schlussakte von Helsinki als Ergebnis der KSZE (Konferenz für Internationale Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), an der auch die USA teilnahm, unterzeichnet. Darin bekannte man sich zur Unverletzlichkeit der Grenzen, zur friedlichen Regelung von Streitfällen, zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten sowie zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Außerdem vereinbarten die Unterzeichner die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Umwelt. 1995 wurde die KSZE als Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) institutionalisiert. Mehrere Abrüstungskontrollvereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion wurden geschlossen. Es sah so aus, als sei das unkontrollierte Wettrüsten nun beendet.

## **Eindämmung der Autokratien**

Warum ist das alles nicht mehr *in*? Heute werten es die Veranstalter der Demonstration, die unter dem Motto „Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen – Zukunft friedlich und gerecht gestalten“ am 25. November in Berlin statt fand, als großen Erfolg, dass sich dort ca. 20.000 Demonstranten zusammen fanden. Und das, obwohl zurzeit 55 bewaffnete Konflikte auf der Welt toben und das Jahr 2022 „das gefährlichste Jahr seit Ende des Kalten Krieges gewesen sei“, wie Michael von Schulenburg in seiner Rede feststellte.

Die politische Breite und der Einfluss der Friedensbewegung ist gering; *mainstream* ist die Auffassung, dass die Friedensbewegten naiv, unrealistisch, wenn nicht sogar gefährlich sind. Das hat mehrere Gründe.

1. Heute vorherrschend ist eine andere Interpretation der politischen Prozesse, die zur Auflösung der Sowjetunion führten. Demnach war die Entspannungspolitik lediglich das Zuckerbrot, und die Friedensdemonstranten sind als schmückendes Beiwerk anzusehen. Entscheidend sei die Peitsche in Form des vom Westen ausgeübten Aufrüstungsdrucks gewesen, z.B. auch über den schon erwähnten, von Helmut Schmidt als Nachfolger Willi Brandts im Bundestag durchgesetzten, NATO-Doppelbeschluss. Diesem Druck habe die Sowjetunion nicht standhalten können, besonders auch nach ihrer Niederlage im Afghanistan-Krieg.<sup>1</sup>

---

1 Es ist gut möglich, dass Entspannungspolitik und Wettrüsten lediglich Narrative sind und der Zusammenbruch der Sowjetunion in Wirklichkeit ganz andere – in den Verhältnissen im Land selbst gründende - Ursachen hat. Der verstorbene [Stephen Cohen](#), einer der tiefsten Russland-Forscher unserer Zeit schrieb: „Kurz gesagt, die Kombination und das Zusammenspiel dieser drei Faktoren – Gorbatschow [der radikale Reformist], Jelzin [der Machtmensch] und die [gierigen] nach Eigentum strebenden Eliten - erklären das Ende der Sowjetunion. Keiner dieser Faktoren war natürlich unvermeidlich. Auch das Ergebnis war es nicht.“

Aus dieser Position der Stärke heraus gab die amerikanische Politik zunehmend das Konzept der Herstellung einer Machtbalance in Europa auf und wendeten sich damit von dem in der OSZE-Erklärung von Istanbul aus dem Jahr 1999 verankerten Prinzip der unteilbaren Sicherheit in Europa ab, nach dem jeder Teilnehmerstaat seine Sicherheit „nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten festigen“ werde.<sup>2</sup> Nun wurde dem Recht jedes Staates, seine Bündnispartner frei zu wählen zu können, die zentrale Bedeutung zugemessen.<sup>3</sup> Die osteuropäischen Staaten fühlten sich schon aus historischen Gründen durch Russland bedroht, weswegen ihnen die NATO-Mitgliedschaft zuzuerkennen sei. Putins Wunsch nach Nato-Beitrittsvereinbarungen auf Augenhöhe wurde offenbar abgelehnt, woraufhin es Putin seinerseits ablehnte, die Mitgliedschaft über ein „normales“ Aufnahmeverfahren zu beantragen. Alle Warnungen, auch westlicher Diplomaten, vor den Konsequenzen dieser Politik wurden in den Wind geschlagen, teilweise recht arrogant z.B. 1997 von Joe Biden, der sinngemäß sagte, dass es ihm gleich sei, wenn sich Russland ärgere, da es keine Möglichkeit habe, sich zu wehren. Es könne ja China um Hilfe bitten. Im übrigen, so hieß es, sei die NATO ein rein defensives Bündnis, Russland habe gar keinen Grund, sich dadurch bedroht zu fühlen. Parallel zu dieser Entwicklung wurden im Laufe der Jahre nach und nach die bestehenden Rüstungskontrollen seitens des Westens gekündigt.

2. Das Scheitern des realen Sozialismus gab Raum für die Vorstellung des amerikanischen Politologen Francis Fukuyama vom „Ende der Geschichte“, welches mit der Hinwendung Russlands und Chinas zum Kapitalismus erreicht worden sei. Nun, so die Erwartung, würden sich dort ganz natürlich liberale Demokratien nach westlichem Muster entwickeln. Vertreter der „*Democratic Peace Theorie*“ gingen noch weiter und leiteten aus dieser Erwartung eine quasi missionarische Pflicht ab, wie John Mearsheimer erläutert: Da der Weltfrieden dann erreicht werden könne, wenn sich überall solche Demokratien durchgesetzt hätten, sei es im Interesse aller Menschen dieser Erde die Aufgabe des Westens, die damit verbundenen Werte überall aktiv zu befördern. Den USA als einzig verbliebener Supermacht fiel aus dieser Sicht die Rolle des wohlwollenden Hegemons zu, der weltweit wirtschaftlich und politisch für Ordnung sorgte. Sie waren in den Worten Robert Kagans „Zur Supermacht verdammt“.<sup>4</sup> Notfalls müssten sie dazu als „*exceptional nation*“ im Interesse des Guten als Weltpolizist fungieren und militärische Gewalt anwenden, z.B. wenn Diktatoren die Menschenrechte verletzen. Die ehemalige amerikanische Außenministerin Madeleine Albright sagte im Interview, dass dafür auch der Tod von 500.000 irakischen Kindern hätte in Kauf genommen werden müssen.<sup>5</sup>

---

2 Zitiert nach Nikolai Petro und Ted Snider: [On Ukraine the Question is Not Who Started It, but Who is Going to End It](#), Oktober 2023

3 Das alles muss natürlich im Rahmen der gesamten US-Geostrategie betrachtet werden, die schon lange zwischen zwei grundsätzlichen Herangehensweisen schwankt: Soll man [mit Russland gemeinsame Sache gegen China](#) machen, oder ist der strategische [Sieg über Russland der Weg zum strategischen Sieg über China](#)? Hinzu kommt, dass es aus US-hegemonialer Sicht [keinesfalls zu einem Bündnis zwischen Russland und Deutschland](#) kommen darf.

4 Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2021

5 Laut wissenschaftlichem Dienst des US-Kongresses intervenierten seit Ende des Kalten Krieges die USA unter Mitwirkung anderer NATO-Staaten, meist gerechtfertigt als Kampf für mehr Demokratie, 251-mal militärisch in anderen Ländern, CIA-Operationen oder Proxykriege nicht eingeschlossen. Die Bilanz der Krieges gegen den Terror seit 2002 beträgt laut einer Untersuchung der *Brown University* 4,5 Millionen Tote und und 38 Millionen Geflüchtete, wie [Michael von Schulenburg darlegt](#).

Diese moralische Doktrin von der *responsibility to protect* trug stark dazu bei, dass die bisher vor allem in Deutschland weit verbreitete, tiefsitzende Skepsis gegenüber der Anwendung militärischer Gewalt aufgeweicht wurde: Um einen drohenden Völkermord zu verhindern, so die Argumentation der verantwortlichen Regierungen, musste z.B. die Nato 1999 in Serbien militärisch eingreifen und den Diktator Milosevic beseitigen. Der damalige deutsche Außenminister Fischer rechtfertigte den Einsatz mit den Worten „Nie wieder Auschwitz“. Russland kritisierte die Bombardierung des traditionell mit ihm verbündeten Landes aufs Heftigste.

Auf beiden Seiten kam es so zur großen Desillusionierung. Aus Putins zahlreichen Äußerungen ging hervor, das Russland sich immer weniger als gleichwertiger Partner akzeptiert und durch die NATO-Osterweiterung bedrängt fühlte, was vom Westen jedoch als bloße Rhetorik eines schwächelnden Autokraten betrachtet wurde. Mit Putins Präsidentschaft zerschlugen sich vorerst die Erwartungen, dass sich in Russland eine liberale Demokratie entwickeln würde.<sup>6</sup> Man war überrascht und enttäuscht über den aus westlicher Sicht unverständlichen russischen Konfrontationskurs, den man z.B. in Putins Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Jahre 2007 zu erkennen glaubte. Fortan stritt man um die richtige Strategie zum Umgang mit diesem neuen Russland, das man nicht wirklich verstand, als Bedrohung wahrnahm, weil man es nicht kontrollieren konnte, und das man wieder in liberale Fahrwasser bringen wollte. Dabei schwankte man lange Zeit zwischen Zusammenarbeit und Eindämmung. Gerade im Energiebereich bot die gutnachbarliche Zusammenarbeit große Vorteile, immer begleitet von der Angst, in zu große Abhängigkeit von „Putin“ zu geraten.

**Fortsetzung: Teil 2: Neuer Kalter Krieg oder neue Entspannungspolitik?**

---

<sup>6</sup> Eine ähnliche Enttäuschung musste sich die westlich-liberale Welt etwas später auch in Bezug auf China eingestehen. Dort hat die kommunistische Partei weiterhin das Heft fest in der Hand.